

# Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 9. Mai 1990

am Donnerstag, dem 10. Mai 1990

## Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Brauer (DIE GRÜNEN)	23, 24	Lowack (CDU/CSU)	38
Büchler (Hof) (SPD)	17	Menzel (SPD)	28
Conradi (SPD)	32	Müntefering (SPD)	27
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	25, 26	Opel (SPD)	8, 41
Dörflinger (CDU/CSU)	9, 10	Reschke (SPD)	29
Dr. Emmerlich (SPD)	36, 37	Scherrer (SPD)	34
Großmann (SPD)	33	Schreiner (SPD)	5, 35
Häuser (SPD)	30	Frau Schulte (Hameln)	3, 4
Hiller (Lübeck) (SPD)	2, 18	Frau Steinhauer (SPD)	21, 22
Hinsken (CDU/CSU)	11, 12	Stiegler (SPD)	39, 40
Dr. Jens (SPD)	1	Toetemeyer (SPD)	13, 14
Kirschner (SPD)	44, 45	Frau Walz (FDP)	42, 43
Dr. Knabe (DIE GRÜNEN)	6, 7	Weiermann (SPD)	31
Dr. Kübler (SPD)	15, 16	Wüppesahl (fraktionslos)	19, 20

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

1. Abgeordneter  
**Dr. Jens**  
(SPD) Wird die Bundesregierung die Vorstellung des Präsidenten des Bundeskartellamtes aufgreifen und- auch für die Bundesrepublik Deutschland eine Trennung von Elektrizitätserzeugung und Leitungsnetzen herbeiführen, um so den Wettbewerb zwischen den EVU zu forcieren und Machtmißbrauch zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation**

2. Abgeordneter  
**Hiller**  
**(Lübeck)**  
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich den aus städtebaulichen Gründen erforderlichen und wegen der Beseitigung der für die Postkunden und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unzumutbaren Bedingungen dringend gebotenen und bereits für 1990 etatisierten Neubau für das Postamt Lübeck 1 freizugeben, und steht sie unverändert zu den mehrfach öffentlich gemachten Zusagen des Bundesministers für Post und Telekommunikation?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes**

3. Abgeordnete  
**Frau**  
**Schulte**  
**(Hameln)**  
(SPD) Wie hoch war der Gesamtaufwand, der – jeweils in den Einzeljahren – von 1979 bis 1981 und von 1987 bis 1989 durch Informationsschriften, Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen sowie Zeitungs- und Zeitschriftenbeilagen der Bundesregierung entstand?
4. Abgeordnete  
**Frau**  
**Schulte**  
**(Hameln)**  
(SPD) Wie hoch war der Anteil dieser Ausgaben an den jeweiligen Gesamtausgaben des Bundeshaushalts?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen**

5. Abgeordneter  
**Schreiner**  
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen über das deutsch-iranische Niederlassungsabkommen von 1929, und welche Rolle spielen dabei die inzwischen auf beiden Seiten neugeschaffenen Staatsverfassungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

6. Abgeordneter  
**Dr. Knabe**  
(DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher getroffen und beabsichtigt sie noch in dieser Legislaturperiode zu treffen, um den geschädigten Waldbesitzern einen Ausgleich für die verheerenden Sturmschäden des vergangenen Spätwinters zu gewähren, und trifft der in der Diskussion genannte Schlüssel mit 50% Bundesanteil zu?
7. Abgeordneter  
**Dr. Knabe**  
(DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung angesichts der angespannten Lage der Kommunalfinanzen und der verheerenden Waldschäden auch in Kommunalforsten, den Kommunen einen Schadensausgleich aus dem gleichen Fonds zu gewähren, oder welche anderen Möglichkeiten der Unterstützung der Kommunen werden von ihr avisiert?
8. Abgeordneter  
**Opel**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die schweren und sehr schweren Sturmfluten dieses Winterhalbjahres der Nord- und der Ostseeküste erhebliche außerordentliche Schäden zugefügt haben, die allein im Bereich Nordfriesland/Dithmarschen vermutlich über 30 Mio. DM betragen, und daß sich die Frequenz dieser Sturmfluten erhöht sowie das mittlere Tidehochwasser ständig bedrohlich ansteigt, bereit, die Schadensbeseitigung für diese einmaligen und zusätzlichen Schäden der Sturmfluten dieses Winterhalbjahres im Sinne ihrer Solidarverantwortung zu übernehmen, und verfolgt sie darüber hinaus die Absicht, die Küstenländer in Zukunft im Küstenschutz finanziell zu entlasten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit  
und Sozialordnung**

9. Abgeordneter  
**Dörflinger**  
(CDU/CSU)
- Welche rechtlichen und politischen Probleme stünden nach Ansicht der Bundesregierung dem Versuch entgegen, angesichts eines verstärkten Mangels an Arbeitskräften in verschiedenen Branchen und in einer wachsenden Zahl von Regionen den Anwerbestopp für Beschäftigte in Nicht-EG-Ländern differenzierter als bisher zu handhaben?
10. Abgeordneter  
**Dörflinger**  
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Vorschlag, nach den speziellen Gegebenheiten der einzelnen Arbeitsmarktregionen zu differenzieren, also beispielsweise in Regionen mit niedrigen Arbeitslosenquoten und einer sich ständig verstärkenden Nachfrage nach Arbeitskräften den Anwerbestopp für Arbeitskräfte aus Jugoslawien zeitlich befristet auszusetzen?
11. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung erste Ergebnisse bzw. Erfahrungswerte der Verlängerung der Ladenschlußzeiten am Donnerstagabend vor, und teilt sie die negative Beurteilung des Einzelhandels?
12. Abgeordneter  
**Hinsken**  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Landes- bzw. Kommunalbehörden zwischenzeitlich einen Dienstleistungsabend eingeführt haben, oder kann sie wenigstens Schätzzahlen nennen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung**

13. Abgeordneter  
**Toetemeyer**  
(SPD)
- Wird die Bundesregierung im Zuge des Abtransports der amerikanischen C-Waffen aus der Pfalz zur Nordsee die an der Fahrtroute liegenden Städte über den Zeitpunkt und den Transportweg informieren, und sind Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung, die über den bloßen Polizeischutz hinausgehen, geplant?
14. Abgeordneter  
**Toetemeyer**  
(SPD)
- Ist für die Transporte ein Warnsystem oder sind Vorkehrungen für eine eventuelle Evakuierung der Bevölkerung vorgesehen, und ist Kontakt mit den Trägern der Krankenhäuser, die am Transportweg liegen, aufgenommen worden, um festzustellen, ob diese im Eventualfall mit genügend Pflegepersonal und Intensivbetten ausgerüstet sind?

15. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung, daß trotz internationaler Entspannung und trotz der Ankündigung der Bundesregierung, die Notwendigkeit von Tiefflügen zu überprüfen, in der Zeit vom 2. bis 4. Mai 1990 Tiefflugübungen in außergewöhnlichem Ausmaß über der Bundesrepublik Deutschland abgehalten wurden, und ist die Bundesregierung bereit, bis zum Abschluß ihrer Überprüfung ein Moratorium für Tiefflugübungen oder zumindest eine wesentliche Reduzierung der Tiefflugübungen vorzunehmen?
16. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD)
- Wie viele Tiefflugübungen haben in der Zeit vom 2. bis 4. Mai 1990 über der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden, und wie verteilen sie sich auf die Luftwaffen der Bundeswehr und der Alliierten Streitkräfte?
17. Abgeordneter  
**Büchler**  
**(Hof)**  
(SPD)
- Sind die Bundesminister Kiechle, Dr. Waigel, Dr. Töpfer, Dr. Warnke und Dr. Haussmann in der Zeit vom 1. Januar 1990 bis 18. März 1990 mit Flugzeugen der Flugbereitschaft des BMVg in die DDR gereist?
18. Abgeordneter  
**Hiller**  
**(Lübeck)**  
(SPD)
- Wie hoch waren die Kosten für Flüge in die DDR von den Mitgliedern der Bundesregierung, Bundesminister Dr. Haussmann, Kiechle, Dr. Töpfer, Dr. Waigel und Dr. Warnke, mit der Flugbereitschaft des BMVg in der Zeit vom 1. Januar bis 18. März 1990?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

19. Abgeordneter  
**Wüppesahl**  
(fraktionslos)
- Welche verkehrsrechtlichen, -technischen und sicherheitspolitischen Vorbehalte als auch Vorbehalte der Alliierten sprechen nach dem zu erwartenden Wegfall der militärischen Flugüberwachungszone auch im norddeutschen Raum und angesichts der zu erwartenden stärkeren Frequentierung des Luftkorridors Hamburg — Berlin gegen eine Verlagerung des genannten Luftkorridors aus dem Luftraum über dem Atomkraftwerk Krümmel heraus, und welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. plant sie, um den Risikofaktor für die Sicherheit des Atomkraftwerkes Krümmel, der sich aus dem täglichen Überflügen des Gebietes über dem Atomkraftwerk durch Maschinen der zivilen Luftfahrt ergibt, zu vermeiden?

20. Abgeordneter  
**Wüppesahl**  
(fraktionslos)
- Wieviel Flugbewegungen des zivilen Luftverkehrs, aufgeschlüsselt nach monatlichen Flugbewegungen, fanden im Jahr 1989 im Luftraum über dem Atomkraftwerk Krümmel in einem Radius von 5 Kilometern statt, und von welcher voraussichtlichen Steigerungsrate geht die Bundesregierung für das Jahr 1990 aus?
21. Abgeordnete  
**Frau  
Steinhauer**  
(SPD)
- Wird die Deutsche Bundesbahn im Jahre 1990 alle vorhandenen Ausbildungsplätze besetzen, und wie sieht dies konkret für das Bahnbetriebswerk Siegen aus?
22. Abgeordnete  
**Frau  
Steinhauer**  
(SPD)
- Wie ist es – falls die Deutsche Bundesbahn nicht alle zur Verfügung stehenden Ausbildungskapazitäten ausnutzt – in Einklang zu bringen mit den Bemühungen um eine zukunftsorientierte berufliche Qualifikation und Facharbeiterausbildung?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

23. Abgeordneter  
**Brauer**  
(DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Fortschritte hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in den Verhandlungen um die Finanzierung der geplanten Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes erreichen können?
24. Abgeordneter  
**Brauer**  
(DIE GRÜNEN)
- Welche Finanzierungskonzepte werden im einzelnen diskutiert, und welche Rolle spielt hierbei eine von Niedersachsen in die Diskussion gebrachte „Umwegfinanzierung“ über die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“?
25. Abgeordneter  
**Dr. Daniels  
(Regensburg)**  
(DIE GRÜNEN)
- Welche CO<sub>2</sub>-Reduktionsvorgabe will sich die Bundesregierung angesichts von Äußerungen der Enquetekommission zum Schutz der Erdatmosphäre zu eigen machen, nach denen bis 2005 30%, bis 2020 50% und bis 2050 80% CO<sub>2</sub>-Reduktion für notwendig erachtet werden, sowie der Presseberichte, denen zufolge zwar Bundesumweltminister Dr. Töpfer zumindest 25 % bis 2005 für notwendig hält, sich jedoch Bundeswirtschaftsminister Dr. Haussmann gänzlich gegen eine konkrete CO<sub>2</sub>-Reduktionsvorgabe wendet, und in welchem Umfang glaubt die Bundesregierung, durch den Ausbau der Kernenergie CO<sub>2</sub>-Einsparungen ermöglichen zu können?

26. Abgeordneter  
**Dr. Daniels**  
**(Regensburg)**  
(DIE GRÜNEN)
- In welchen Anlagen sowie auf welchen Grad wurde das – bei der Wiederaufarbeitung deutscher atomarer Abfälle angefallene – Uran angereichert, das nach Aussage des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit „zum größten Teil“ (Drucksache 11/6893) wiederverwendet wurde?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

27. Abgeordneter  
**Müntefering**  
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau aus ihrer Interview-Feststellung, die Mieten seien in den Großstädten „teils schon an den Rand des Unbezahlbaren gestiegen“, und tritt sie für einen verbesserten Mieterschutz durch Änderung des Miethöhegesetzes ein?
28. Abgeordneter  
**Menzel**  
(SPD)
- Wird die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau eine Änderung des Miethöhegesetzes vorschlagen mit dem Ziel, die Mieterhöhungsmöglichkeiten von derzeit 30% in drei Jahren zu reduzieren, und denkt sie dabei an eine Halbierung auf 15%?
29. Abgeordneter  
**Reschke**  
(SPD)
- Kennt die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Meldungen, daß in vielen Großstädten bei Mieterwechsel Mietsteigerungen von über 30% zu verzeichnen sind, und welche gesetzliche Regelung für die Mietpreisgestaltung bei Neuvermietung wird sie vorschlagen?
30. Abgeordneter  
**Häuser**  
(SPD)
- Setzt sich die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau dafür ein, für die Erstellung von Mietspiegeln zur Festsetzung der ortsüblichen Vergleichsmiete zukünftig den gesamten Wohnungsbestand zugrunde zu legen und nicht mehr nur die letzten drei Jahrgänge?
31. Abgeordneter  
**Weiermann**  
(SPD)
- Setzt sich die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für ein Recht der Kommunen ein, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf befristet zu verhindern, und unterstützt sie die Forderung, den Schutz vor Eigenbedarfskündigung von heute drei auf wenigstens sieben Jahre zu verlängern?



32. Abgeordneter  
**Conradi**  
(SPD) Welche Informationen liegen der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau über Wohnungskündigungen wegen Eigenbedarfs vor, und sieht sie Handlungsbedarf mit dem Ziel, die Kriterien für Eigenbedarf eingrenzend zu präzisieren?
33. Abgeordneter  
**Großmann**  
(SPD) Teilt die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Auffassung, daß die Mietrechtsänderungen der Koalition von 1983 zum verstärkten Anstieg der Mieten beigetragen haben, und setzt sie sich für eine Rücknahme des 83-Gesetzes in seinen wesentlichen Punkten ein?
34. Abgeordneter  
**Scherrer**  
(SPD) Wann wird die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die angekündigten Überlegungen zum verbesserten Mieterschutz abschließen, und wann wird das Kabinett darüber befinden?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

35. Abgeordneter  
**Schreiner**  
(SPD) Wie beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der Abkommenspraxis das Gegenseitigkeitsprinzip zu wahren, insbesondere bei der Hinnahme der Mehrstaatigkeit von deutschen Frauen und Kindern iranischer Staatsangehöriger und der Rechtsanwendung bei der Auflösung der Mehrstaatigkeit?
36. Abgeordneter  
**Dr. Emmerlich**  
(SPD) Welche Geldbeträge sind vom Bundeskriminalamt an den Versicherungsdetektiv Mauss gezahlt worden und wofür?
37. Abgeordneter  
**Dr. Emmerlich**  
(SPD) Auf Grund welcher Tatsachen behauptete das Bundeskriminalamt, dem Versicherungsdetektiv Mauss drohe Gefahr für Leib und Leben, wenn seine ladungsfähige Anschrift bekanntgegeben und Mauss von parlamentarischen Ausschüssen oder Gerichten vernommen werden würde?
38. Abgeordneter  
**Lowack**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung angesichts der historischen Entwicklung in der CSFR bereit, die Visumpflicht schon kurzfristig aufzuheben?
39. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Abstimmungsgespräche mit den Partnern des Schengener Übereinkommens wegen der Einführung des visafreien Verkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSFR alsbald abzuschließen, und besteht die Möglichkeit, zur Eröffnung der neuen Grenzübergänge am 1. Juli dieses Jahres bereits den visafreien Verkehr einzuführen?

40. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Gespräche über die Neueröffnung von Grenzübergängen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSFR fortgesetzt, und besteht noch eine Chance, zur Entlastung des Grenzübergangs Waidhaus während der Hauptreisezeit den Grenzübergang Eslarn/Tillyschanz für den Fußgänger-, Fahrrad- und Mofaverkehr zu öffnen?
41. Abgeordneter  
**Opel**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung willens, ihre bisherige Ablehnung einer direkten Minderheitenförderung, die einzige sprachliche und kulturelle Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland sind die 20000 Friesen, zu überdenken und die Sprach- und Kulturarbeit vor Ort (beispielsweise mit Hilfe des Nordfriisk Instituts in Bredstedt durch einen einmaligen Betrag von 5 bis 7 Mio. DM und eine jährliche Fördersumme von ca. 1 Mio. DM) trotz erheblicher finanzieller Anstrengungen der Landesregierung Schleswig-Holstein direkt zu fördern, da es sich hierbei erkennbar nicht um eine bloße Aufgabe im Rahmen der Kulturhoheit der Länder handelt?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

42. Abgeordnete  
**Frau Walz**  
(FDP)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Verhandlungen mit den amerikanischen Streitkräften, die stark unterbenutzte Reiterkaserne in Stuttgart für eine deutsche zivile Nutzung zurückzuerhalten?
43. Abgeordnete  
**Frau Walz**  
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß ein immerhin 8,5 ha großes Gebiet, das für Wohnbebauung bzw. -nutzung in Frage kommt, sich hervorragend dafür eignen würde, die herrschende Wohnungsnot, nicht nur hervorgerufen durch DDR-Übersiedler und Aussiedler, sondern durch den generellen Wohnungsmangel, zu lindern?
44. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Welche konkreten Absichten verfolgt die Bundesregierung, um Spekulationsgewinne beim Umtausch von DDR-Mark in D-Mark zu unterbinden, damit die Steuerzahler nicht noch für Spekulanten und Schieber zur „Kasse“ gebeten werden?
45. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Bargeldumlauf von DDR-Mark und die Höhe der Konten von DDR-Mark in und außerhalb der DDR ein?

Bonn, den 4. Mai 1990



